

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

"Aus den Tannen" Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährlich 18 RM, 60 Wfg., in Altensteig 18 RM, 50 Wfg. | Einzelheftpreis: Die 1 heftige Bülle oder deren Raum 70 Wfg., die Resthefte 2 RM. | Druck- und Verlagspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährlich 18 RM, 60 Wfg., in Altensteig 18 RM, 50 Wfg. | Einzelheftpreis: Die 1 heftige Bülle oder deren Raum 70 Wfg., die Resthefte 2 RM. | Druck- und Verlagspreis: Bei der Post u. den Agenten bezogen vierteljährlich 18 RM, 60 Wfg., in Altensteig 18 RM, 50 Wfg. | Einzelheftpreis: Die 1 heftige Bülle oder deren Raum 70 Wfg., die Resthefte 2 RM.

Nr. 150.

Altensteig, Mittwoch den 26. Oktober.

Jahrgang 1921.

Neubildung der Regierung durch Dr. Wirth.

Dr. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Der Vizepräsident des Reichstags hat beschlossen, den Reichstag auf Mittwoch Mittag 12 Uhr zu einer Plenarsitzung einzuberufen. Das Plenum wird dann entscheiden, ob weitere Sitzungen stattfinden sollen, andernfalls wird sich der Reichstag bis 3. November vertagen.

Der Reichspräsident an den Reichskanzler.

Berlin, 25. Okt. Der Reichspräsident richtete heute Nachmittag um 5 Uhr an den Reichskanzler Dr. Wirth folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlagen zu schaffen in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig bin, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiet der äußeren und inneren Politik hat, auf einer breiteren Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholtenmalen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihm näher zu kommen.

Die Entscheidung, welche die Volkstagskonferenz der Alliierten in der oberschlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen und unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gesflorenen Verhandlungen eingebracht, sodaß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist. Dies ist umso bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angesichts der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unausschließbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebenen Absagen zurückzunehmen und unter Hintanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerer Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Entlastung und politischer Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächsten der deutschen Politik gestellten Aufgaben, die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann. Ich bin in aller Verehrung Ihr aufrichtig ergebener
Ehrt.

Dr. Wirth ist bereit, die Bildung der Regierung wieder zu übernehmen.

Berlin, 25. Okt. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Die Regierungsbildung.

Berlin, 25. Okt. Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hatte, die Besprechungen mit den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts ausgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den

Reichstagsabgeordneten Dr. Heine zu sich gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des morgigen Vormittags zustande kommt, sodaß es sich dem Reichstag, der morgen Nachmittag 1 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Ueber die Verhandlungen.

Strefemann lehnt ab.

Berlin, 25. Okt. Nachdem Dr. Strefemann namens der Deutschen Volkspartei die Vermittlungsformel in einem Brief abgelehnt hatte, führte der Reichspräsident die Besprechungen mit den seitherigen Koalitionsparteien weiter, ohne daß ein endgültiger Abschluß erzielt wurde.

Berlin, 25. Okt. Gestern Nachmittag hielt, wie das "B. T." meldet, die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstagsgebäude Sitzungen ab. Die Stellung der Deutschen Volkspartei und der Demokraten stimmt im wesentlichen überein. Sie verlangen von der künftigen Reichsregierung eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung der Volkstagskonferenz über Oberschlesien, sind aber bereit, einen Vertreter zu den wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen mit den Polen zu entsenden, ohne damit das Diktat des Verbands anzunehmen. Auch die Sozialdemokratie lehnt den Entscheid des Verbands als brutale Vergewaltigung ab, wendet sich aber gegen eine Demonstrationspolitik. Um 6 Uhr begaben sich die Führer der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokratie zum Reichspräsidenten, um unter dem Vorsitz des Außenministers Dr. Rosen gemeinsam eine Verständigungsformel zu suchen. Diese Beratungen zogen sich bis in die zehnte Abendstunde hinein. Die Sozialdemokraten haben zu verstehen gegeben, daß sie nur dann der sogenannten großen Koalition beitreten würden, wenn vorher auch die Steuerfragen und die Kreditfrage der Industrie geregelt seien. Reichskanzler Dr. Wirth ist bemüht, eine Verständigungsgrundlage vorzubereiten. Die Zentrumsfraktion läßt in ihrem offiziellen Organ durchblicken, daß, wenn ein Einvernehmen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten nicht zustandekommen sollte, es aller Wahrscheinlichkeit nach darauf hinauslaufen würde, allein mit der Sozialdemokratie eine Koalition einzugehen. Die Unabhängigen folgen einer sozialistischen Korrespondenz zufolge es abgewiesen haben, in eine Regierung einzutreten, doch hätten sie sich bereit erklärt, nach wie vor einer Regierung Wirth wohlwollende Unterstützung angedeihen zu lassen.

T. U. meldet: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß in ihrer Nachtigung einstimmig wiederum die Ablehnung der Genfer Entscheidung und der Entsendung von Sachverständigen. Sie wird ihren Beschluß mit Begründung dem Reichspräsidenten in einem Brief mitteilen.

Die "Nationalliberale Korrespondenz" schreibt: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in der oberschlesischen Frage unversänt an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Entente die Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung in sich schließt und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entrisen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen könnten. In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkt entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einstimmig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei.

Die wirtschaftliche Vorherrschaft Frankreichs.

Der Vertrag von Versailles und das Abkommen von Spa haben dafür gesorgt, daß Frankreich die billigste Kohle in ganz Europa erhält, und daß es außerdem über die größten Erzvorräte in der Alten Welt verfügen kann. Zugleich hat dieser Gewaltfrieden durch die Angliederung Elsaß-Lothringens, das absichtlich ohne Volksabstimmung Frankreich zugeschlagen worden ist, ihm so bedeutende Kalilager in den Schof gewirkt, daß Frankreich auch als Kalimacht sehr hohe Einnahmen erzielt. Sein Ziel bleibt die wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa, die es durch die Aufteilung Oberschlesiens drau und dran ist zu erreichen. Französisches Kapital hat mit politischen Druckmitteln aller Art im Saar-gebiet industriellen Boden an sich gerissen; die rheinische Industrie, die durch die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen der Entente in katastrophale Lage veretzt worden ist, war aus dem gleichen Grund gezwungen, dem französischen Kapital bedeutenden Einfluß einzuräumen. In der polnischen Erdb- und Textilindustrie spielt es ebenfalls eine große Rolle; nicht minder in Rumänien, Jugoslawien und anderen Nachfolgestaaten. Gleichzeitig wirft Frankreich Hunderte von Millionen Franken hinaus, um durch eine Außenhandelspropaganda großen Erfolg für seine Ausfuhr zu werben. Endlich tut es alles, was nur möglich ist, um die Einfuhr fremder Waren nach Frankreich zu verhindern.

Das sind die Hauptpfeiler, auf denen die wirtschaftliche Vorherrschaft des heutigen Frankreichs beruht. So kann es infolge der Einverleibung Elsaß-Lothringens und der Anechtung des Saargebietes eine Eisen- und Stahlmengenerzeugung, die seine Ausfuhr in den ersten drei Monaten 1921 auf den doppelten Betrag des letzten Friedensjahres hat anschwellen lassen. 1913 wurden im gleichen Zeitraum 2329 715, dagegen 1921 nicht weniger als 4605 279 Doppelzentner ausgeführt.

Von eisenschmelzender Kalk hat Frankreich gegenüber 1913 im Jahr 1920 das Neunfache bezogen. Der Gesamtverbrauch hat sich von 41 000 auf 200 000 Tonnen gehoben. Was namentlich die gesteigerte Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten (von 12 000 auf 56 000 Tonnen) volutarmäßig für die französische Handelsbilanz bedeutet, liegt auf der Hand.

Trotzdem ist Frankreich mit dieser Dünge-Rohstoffquelle noch nicht zufrieden. Vielmehr drängt es den Sultan von Marokko, die neu entdeckten sehr bedeutenden Phosphatlager zu annektieren. Damit würde sich das französische Phosphatmonopol, das auf dem Besitz von Tunis beruht, auch auf Marokko ausdehnen, wovon z. B. Spanien und Italien sehr wenig erbaut sind.

An Kapital fehlt es den Franzosen trotz des Glanz ihrer Staatsfinanzen nicht. Zum Teil beruht das auf der Ueberlegenheit ihrer Währung über noch tiefer stehende Devisenkurse. Namentlich seit dem Londoner Ultimatum hat sich die französische Valuta bedeutend gehoben, sie ist der belgischen nachgerückt, die seit 1919 besser zu stehen pflegte. Die französischen Kapitalisten machen gern davon Gebrauch, Produktionsanlagen oder Anteile daran in Ländern mit tieferstehender Valuta zu erwerben. Ferner wird die Handelspropaganda von Frankreich mit aller Kraft betrieben. Das große Amt zur Förderung seines Außenhandels, das durch Gesetz vom 4. März 1898 zu dem Zweck geschaffen wurde, den französischen Industriellen und Kaufleuten Handelsmittelungen und Auskünfte aller Art zu vermitteln, die in der Lage sind, den Außenhandel Frankreichs zu fördern und die Märkte in den ausländischen Staaten, den französischen Kolonien und den Protektoratsgebieten für französische Erzeugnisse zu erweitern, arbeitet in vier Abteilungen, die im Gegensatz zu der in Frankreich sonst häufig zu beobachtenden organisierten und bürokratischen Unfähigkeit geschickt vorgehen. Das Amt gibt eine Anzahl von Veröffentlichungen heraus, die dem französischen Außenhandel wertvolle Aufschlüsse und Fingerzeige gewähren.

Mit diesen Hilfsmitteln glaubt Frankreich eine dauernde beträchtliche Hebung seiner Ausfuhr erzielen zu können. Von Kriegsschulden bedrückt, die es zum erheblichen Teil im Ausland aufgenommen hat, wünscht es eine aktive Zahlungsbilanz und deshalb möglichst eine aktive Handelsbilanz zu erreichen. Diesem Zweck soll die Förderung der Industriewarenausfuhr dienen — während sich auf die Lauer viel bessere Aussichten für

die Steigerung des Exportes landwirtschaftlicher Erzeugnisse bieten würden. Um die Industrie zu schnelleren Aufblühen zu bringen, soll ihr vor allem der innere Markt durch eine scharfe Zollpolitik gesichert werden, die möglichst alle fremden Waren fernhält. In Spanien, in Italien, in England, in Nordamerika ist man enttäuscht über die hochfahrende Art, wie Frankreich die Interessen aller Handelspartner beiseite schiebt und rücksichtslos eine Zollpolitik befolgt, die der fremden Einfuhr die Tore möglichst ganz schließen möchte, während es der deutschen Regierung Protestnoten gegen den Boykott französischer Waren in Deutschland sendet.

Wie ungünstig die wirtschaftliche Herrschaft Frankreichs die ökonomischen Verhältnisse Englands beeinflusst, ist mittlerweile auch der öffentlichen Meinung dort klar geworden. Die Presse schildert dort die Lage der heimischen Stahlindustrie in den schwärzesten Farben. Am 20. v. J. alle: Stahlwerke sind noch tätig. 30 v. J. ihrer Arbeiter sind ohne Beschäftigung. Diejenigen Stahlwerke, die überhaupt noch ihre Betriebe aufrecht erhalten, arbeiten mit Verlust und führen das Geschäft nur fort, um wenigstens den heimischen Markt für sich zu retten. Die Herstellungskosten liegen um 4 Pfund Sterling für die Tonne über den Verkaufspreisen, so daß jede Woche neue Betriebseinstellungen erfolgen. Die Ursache dieser Notlage der englischen Stahlindustrie sei vor allem, daß Frankreich die deutschen Stahlwerke in Oberschlesien zu billig erhalten habe, so daß es beinahe die gesamte Erzeugung dieser Werke zu billigen Preisen auf den Weltmarkt werfen kann — und werfen muß, weil der innere Markt Frankreichs viel zu klein für die Aufnahme der Produktionsmöglichkeiten der angegliederten Gebiete ist.

Kaiser Karls Ende.

Das Abenteuer des früheren Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn und seiner Gemahlin Jita hat ein unerwartet rasches Ende gefunden. Die Wagnahme der ungarischen Regierung, die Schienen aufzureißen und so die Annäherung an die Landeshauptstadt zu verlangsamen, hat sich gut bewährt. Die Regierung fand inzwischen Zeit, aus dem Hinterland Truppen heranzuziehen, die bei Budapest, unweit Pest, den „Karlisten“ ein Treffen lieferten und sie besiegten. Den Truppen der Garnisonen Ledenburg und Raab sowie den Freischützern im Burgenland war vorgerebet worden, ganz Ungarn, auch die Regierung verlange die Rückkehr des früheren Königs, und aus Grund dieser Täuschung leisteten sie ihm den Treueid. Als sie aber auf den entschlossenen Widerstand der Regierungstruppen stießen, erlahmte ihre Begeisterung sehr rasch. Budapest wurde von den Truppen des Reichsverwesers Admiral Horthy am 24. Oktober gegen 12 Uhr mittags genommen und die Karlisten flüchteten unaufhaltsam zurück. Stellung um Stellung fiel den Regierungstruppen in die Hand und um 4 Uhr nachmittags fanden die Karlisten Unterhändler wegen der Uebergabe. Die Regierung stellte folgende Bedingungen: 1. Bedingungenlose Waffenstreckung; 2. Die militärischen Ratgeber des Königs sind vor das Kriegsgericht zu stellen; 3. Die Mannschaften werden entwaßnet und begnadigt; 4. Endgültige Abdankung des Königs; 5. Der König bleibt in Ungarn festgehalten, bis die Frage seiner Abschiebung geregelt sein wird; 6. Der endgültige Aufenthaltsort, sowie die Art der Abreise werden von den Großmächten bestimmt; 7. Die politischen Ratgeber des Königs werden vor das Kriegsgericht gestellt.

Der „Minister“ des Königs, Dr. Graf, übermittelte die Bedingungen. Karl und die Königin sowie der Rest der geschlagenen Truppen suchte in Eisenbahnzügen zu entfliehen. In der Station Tata bei Komorn hatte je-

doch die Regierung durch zuverlässige Offiziere wiederum die Eisenbahnschienen aufreißen lassen. Die Truppen ließen nun den König im Stich und König Karl und die Königin wurden samt den Ministern Rakowsky, Andrássy, Graf, Esterházy u. a. gefangen genommen.

Zürich, 25. Okt. Wie die „Neue Züricher Zeitung“ mitteilt, ist der Führer, der das Fahrzeug leitete, das den König nach Ungarn brachte, der deutsche Fliegeroffizier Wilhelm Zimmermann aus Koblenz. Eingeführt wurde das Unternehmen von zwei Herren, die sich als Rumänen ausgaben, namens Tele und Jaker. König Karl und seine Frau reisten unter dem Namen Herr und Frau Kovono. Der Führer Zimmermann war von Anfang an in die Sache eingeweiht. Die vier männlichen Reisenden saßen in der geschlossenen Kabine, während beiseitendeweise die Dame vorn neben dem Piloten saß.

Paris, 25. Okt. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Staatsamt gestern erklärt, daß es an den Vorgängen in Ungarn nicht interessiert sei.

Neues vom Tage.

Das Ende vom Liede.

Budapest, 25. Okt. Der Reichsverweser Horthy erteilte einen Auftrag, worin er sagt, gewissenlose Personen hätten König Karl verführt, daß er zwecks Ausübung der Macht überraschender Weise nach Ungarn zurückkehre, obwohl sie die Gefahren für das Land voraussehen mußten. Dank dem Meer und der Nüchternheit des ungarischen Volkes scheiterte der verhängnisvolle Plan. Horthy dankt allen Beteiligten, die mit ihm anhielten, um das Vaterland zu retten.

Die Regierung erließ Haftbefehle gegen die Abgeordneten Stephan Friedrich, General Horvath, Oberst Lehar, Major Ostenburg u. a. Die Abgeordneten Friedrich und Szilagyi sind bereits in Haft. Der Abg. Dymrecsanyi entkam durch das Fenster seiner Wohnung, als die Polizei kam und lächelte. Andrássy, Dr. Graf und Rakowsky befinden sich unter Bedeckung auf dem Weg nach Budapest. Die militärischen Leiter des Unternehmens konnten bisher nicht festgenommen werden. Die großenteils versprengten aufständischen Truppen wurden entwaßnet.

Ein Vorschlag der amerikanischen Großfinanz.

London, 25. Okt. Laut „Daily Telegraph“ haben die führenden Bankiers Amerikas den Präsidenten Harding überzeugt, daß die Vertreter der anderen Länder auf der Washingtoner Konferenz weniger Begeisterung für eine Beschränkung der Rüstungen zeigen werden, wenn nicht auch die internationalen Finanzfragen zur Erörterung kommen. Die Weigerung der Vereinigten Staaten, Frankreich irgend eine militärische Sicherheit gegen einen deutschen Angriff zu geben, könne durch die Erklärung gemildert werden, daß die Vereinigten Staaten ihren Anteil bei der Bürgschaft für die Entschädigungszahlungen übernehmen. Es wird vorgeschlagen, daß die amerikanische Regierung, falls Deutschland einen Teil der Zahlungen nicht leisten könne, Frankreich ein gleicher Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten erlassen werden soll.

Ausflug gegen Joch?

London, 25. Okt. Die „Morning Post“ erfährt aus Washington, daß die amerikanische Regierung einem Plan auf die Spur gekommen ist, wonach amerikanische Kommunisten beabsichtigen, den Marschall Joch nach seiner Ankunft in Neuport zu ermorden. Die Regierung hat weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Einladung Deutschlands nach Washington?

Aus dem Haag, 25. Okt. Der Neuport Korrespondent des „Daily Express“ meldet, die amerikanische Regierung erwäge die Einladung Deutschlands zur Washingtoner Abrüstungskonferenz, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen, das es den Verbündeten ermöge, ihre Truppen vom Rhein zurückzuziehen. Die amerikanische Regierung erwäge ferner, welche Sanktionen möglich wären, um die Erfüllung des Friedensvertrags auf andere Weise sicherzustellen.

Es geht immer mehr dem Ultimatum zu Leibe.

London, 25. Okt. Im Unterhaus fragte Kommandant Kennworthy, ob die Wirkung der Entscheidung in der oberschlesischen Frage auf die Zahlung der deutschen Entschädigungen in Erwägung gezogen worden sei, und ob man beabsichtige, die Entschädigungsfrage infolge des Gutachtens des Völkerbundsrats von neuem aufzuwerfen. Der Schatzkanzler verneinte dies. Das im Rat von der deutschen Regierung angenommene Ultimatum habe die etwaige Entscheidung bezüglich Oberschlesiens nicht in Betracht gezogen. Kennworthy fragt weiter: Ist es dem Schatzsekretär bekannt, daß der Finanz- und Handelsausschuß beinahe einstimmig der Meinung ist, daß die Zahlung des gegenwärtigen Entschädigungsbetrags nicht gestattet werden kann, ohne Großbritannien zu schädigen? Wird diese Frage von neuem erwogen werden? Selten der Regierung erfolgte keine Antwort.

Auf nach Neuwahlen.

München, 25. Okt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ treten für einen Appell an das Volk ein: Wir brauchen eine neue Reichsregierung und einen neuen Reichstag. Es handelt sich um Leben oder Sterben des Volks und an diesem Wendepunkt muß dem Volk die Möglichkeit gegeben werden, seine Stimme in die Waagschale zu werfen.

Nach Oberschlesien das Remelgebiet.

Berlin, 25. Okt. Wie der „Volkswagen“ hört, ist der Oberste Rat entschlossen, unmittelbar nach Erledigung der oberschlesischen Frage seine Entscheidung über das Remelgebiet zu treffen. Es soll, da Wilna Polen zugesprochen werden wird, Litauen als Entgelt für den Verlust dieses Gebiets angegliedert werden. Man spricht davon, daß die Stadt Remel an Stelle Kownos Hauptstadt des vereinigten Litauen werden soll.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 26. Oktober 1901.

Befördert wurden zu Steueroberschreibern je an ihrem Diensthilf die Steuerwachmeister: Schramm bei dem Finanzamt Altensteig, Kläber bei dem Finanzamt Neuenbürg.

* Geperret. Die Annahme von Frachtpfandern ist für heute und morgen gesperrt. Es werden nur Güter und Kartoffeln zur Beförderung angenommen.

— Erhöhung der Arzneitaxe. Durch Verfügung des k. Ministeriums des Innern wird im Endernehmen mit dem Reichsministerium des Innern bestimmt, daß die Apotheker berechtigt sind, auf jede auf ärztliche Verordnung abgegebene Arznei mit Wirkung vom 25. Okt. d. J. einen Teuerungszuschlag von 1,20 Mk. (statt bisher 80 Pfg.) zu erheben. Ausgenommen sind: a) Arzneimittel oder Arzneien, die in abgabefertiger Packung aus dem Handel bezogen und in dieser abgegeben werden; b) die nach den geltenden Bestimmungen außerhalb der Apotheken verkauften Arzneimittel, soweit sie unvermischt und unverteilt abgegeben werden.

Der Schloßgeist.

Erzählung von Erich Ebenstein.

(11)

(Nachdruck verboten.)

„Und die Lösung?“

„Vorläufig weiß ich keine. Man könnte die Wand einreißen — aber es wäre schade um die herrlichen Fresken. Und schließlich muß es ja doch einen geheimen Zugang geben — warum, wenn ein anderer ihn fand? — soll nicht auch ich ihn schließlich entdecken?“

„Wer wozu? Ein Dieb kann es nicht sein, ich habe außer jener Rose nie etwas vernimmt.“

„Rein. Aber ein schlechter Scherz könnte dahinter stecken — die bewusste Absicht, Ihnen zu schaden.“

„Wer könnte das sein? Die Dienerschaft ist erprobt — und die Gäste.“

„Das kann man nicht wissen. Lassen Sie mit Zeit. Vielleicht.“ Er hielt plötzlich inne und starrte bewußt vor sich hin, als sei ihm eben ein Gedanke gekommen.

Am nächsten Tag bat sich Hempel von dem Grafen den Schlüssel zur Gruft aus und stieg vor Johann dem Rutscher, einem handfesten, beherrzten Burtschen bedient, in das Gewölbe hinab. Der Vordergrund war angefüllt mit eingebrochenen Särgen, vermoderten Totenschädeln und Knochenresten. Im Hintergrund türmten sich Schuttmassen auf.

Plötzlich rief der Rutscher einen Schrei aus und duckte sich. Eine Fledermaus war lautlos an ihm vorübergestrichen und huschte nun über Hempels Kopf hin.

Dieser blickte betroffen um sich.

Woher kam das Tier in den unterirdischen Raum? Hatte der Graf nicht behauptet, die in den Felsen gehauene Gruft besitze keinerlei Ventilation und sei deshalb

als gesundheitschädlich seit mehr als einem Jahrhundert geschlossen.

Gleichzeitig mit diesem Gedanken fiel ihm auf, daß die Luft gar nicht besonders dumpfig war, wenn sie auch eine eigentümliche, beklemmende Wirkung ausübte, als ob giftige Gase sie erfüllten.

Sollte dort bei dem Trümmerhaufen rückwärts durch Mauereinsturz etwa ein Luftzutritt möglich geworden sein?

Hempel kletterte entschlossen über die Särge hinweg nach dem Hintergrund. Wirklich rührten die Trümmer von dem Einsturz der Vermauerung her und der Felsen lag hier völlig bloß.

Was aber das Sonderbarste war, durch den Einsturz war eine Art Ramin frei geworden, der nach aufwärts führte, und auch in die Tiefe hinunter. Weiterartige Eisenprossen ermöglichten den Aufstieg. Woher kam dieser Ramin und wohin führte er? Welchen Zweck hatte er? Hempel hielt seine Laterne hoch und leuchtete herum.

Da entdeckte er plötzlich an der Rückwand der Gruft, die ebenfalls zum Teil eingestürzt war, noch eine Öffnung. Man sah ein Stück vermoderten Türhockes und dahinter eine steil abwärts führende Steintreppe.

Hempel kehrte wieder zu dem Ramin an der rechten Seitenwand zurück. Auf einmal bläkte er sich verwundert und hob etwas vom Boden auf. Es war eine weiße feishe Hühnerseder mit Del getränkt, wie man sie zum Einlösen von Türen benutzt.

„Wer hatte diese Feder weggeworfen?“

Hempel beugte sich in den Ramin hinaus. Es war nicht und zugig dort, die Öffnung genügend weit, um einen Mann bequem durchzulassen. Er band sich die Laterne an den Leib und befohl dem Rutscher, in der Gruft auf ihn zu warten. Dann kletterte er wie der geschickteste Raminseger an den Prossen empor.

Es dauerte lange, bis er wieder zurückkam, und dem Rutscher wurde inzwischen schon längst angstlich sannt

in dem dunklen Raum. Aber Hempel lächelte ihm versetzt zu, drückte ihm ein Trinkgeld in die Hand und ließ ihn die Gruft verlassen, da nun alles in Ordnung und kein Unfall mehr zu befürchten sei. Er selber wollte noch ein wenig da herumstöbern.

Beim Abendessen erschien Hempel mit strahlendem Gesicht und wurde sogleich von allen Seiten mit Fragen bedrängt, wie die unterirdische Expedition ausgefallen sei.

„O, vorzüglich!“ antwortete er. „Ich habe im Leben nichts Interessanteres gesehen und lade den verehrten Hausherrn — für Damen ist der Weg leider unpassierbar — ein, mich morgen früh noch einmal auf dieser Reise durch den Ort zu begleiten.“

„Um?“ lächelte der Graf. „Ich denke es gibt anmutigere Wege.“

„Aber keinen romantischeren. Wissen Sie übrigens, daß sich unter der Gruft noch ein Raum befindet?“

„Rein. Was denn?“

„Offenbar ein alter Keller. Man steigt etwa zwanzig Stufen hinab und befindet sich in einem halbdunklen Raum, der sein Licht durch einen schmalen Stollen erhält, welcher an der senkrechten Felswand senkrecht vierzig Meter unter dem Balkon, ins Freie mündet und so schmal ist, daß kaum eine Kasse hindurch kann. In dem Raum befindet sich eine Steinbank und daneben zwei in die Wand geschmiedete Eisenringe. Außerdem eine Legion Flederäuse. Wir werden gut tun, und die Köpfe mit Tüchern zu umwinden.“

Fortsetzung folgt.

Man färbe dabei nur mit echten Brauns'schen Stofffarben und fordere die lehrreiche Gratisbrochure No. 2 von Wilhelm Brauns, Gesellschaft m. beschr. Haftung, Gredelburg a. S.



Die Gebühren für Kaminsieger in Württemberg, deren Betrag mehr als eine Drossel umfaßt, werden vom 1. Oktober d. J. ab gegenüber den seit 1. Februar 1921 gültigen Sätzen um 100 Prozent der Festsetzung vom 1. Juli 1919 erhöht. Für Kaminsieger, die Abträge zu leisten haben, wird die Erhöhung davon abhängig gemacht, daß sie sofort vor dem Oberamt sich damit einverstanden erklären, daß auch der Abtrag vom Ministerium des Innern, Abteilung für Hochbauwesen, je nach Bedürfnis, um höchstens 100 Prozent erhöht wird.

Steuerabzug vom Arbeitslohn. Vom 1. November ab werden für den Steuerabzug vom Arbeitslohn die Werte der Natural- und Sachbezüge einheitlich für den ganzen Bezirk des Landesfinanzamts (Württemberg und Hohenzollern) folgendermaßen festgesetzt: 1. Für Arbeitnehmer mit einfacheren Dienstleistungen (Dienstboten, Handwerksgehilfen) bei freier Station (Verpflegung mit Wohnung, Heizung und Beleuchtung) auf täglich 9 Mk., monatlich 250 Mk., für nur volle Verpflegung auf täglich 7 Mk., monatlich 200 Mk., für nur Wohnung, Heizung und Beleuchtung auf täglich 2 Mk., monatlich 50 Mk. 2. Für Arbeitnehmer mit höheren Dienstleistungen (Ärzte, Hauslehrer, Handlungsgehilfen, Erzieherinnen usw.) bei freier Station auf täglich 11 Mk., monatlich 300 Mk., für volle Verpflegung auf täglich 9 Mk., monatlich 250 Mk., für Wohnung, Heizung und Beleuchtung auf täglich 2 Mk., monatlich 50 Mk. Sonstige Sachbezüge sind nach örtlichen Mittelpreisen in Rechnung zu nehmen.

Die Aufbesserung der Beamtensgehälter. Wie wir hören, finden zur Zeit Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Verbänden der Beamtenschaft über Maßnahmen s. t., um die Beamten vor den Folgen der deutschen Geldentwertung nach Möglichkeit zu schützen. Die Absichten der maßgebenden Stellen zielen darauf ab, nicht durch Erhöhung der Teuerungszulagen, sondern durch Aufbesserung der ordentlichen Gehälter Wandel zu schaffen, umso mehr, als mit einem Rückgang der Teuerung nicht gerechnet werden kann.

L. C. Landwirte, schickt Eure Söhne auf die Landw. Schule Bayern, es darf keine Ausrede geben, die kommt mich zu teuer! Die beste Kapitalanlage, die euch nicht weggesteuert werden kann, ist eine gute Schulung für Eure Nachfolger, mit welcher der junge Bauer später in besseren Zeiten wieder erwerben kann. Auch darf es keine Entschuldigung geben: Ich habe niemanden, der mir im Winter hilft! — Im Winter ist die Arbeit meist nicht so groß, daß sie nicht von den übrigen Familienangehörigen mitgeschafft werden kann. Vor allen Dingen aber sollte etwaiger sonstiger Arbeitsverdienst des Sohns im Winter nicht in Frage kommen, weil dieser nicht in Vergleich zu ziehen ist mit dem, was der Sohn für das spätere Leben durch den Schulbesuch dauernd gewinnt. Daher Landwirtsfrauen und Mütter! Schickt jetzt Eure Söhne, besonders die älteren, als Ersatz für die frühere Militärszeit, auf die Landw. Schule, wo sie sich für ihren Beruf weiter vorbereiten sollen, damit Ihr Euch keine Vorwürfe für das Versäumte machen müßt!

Reifelden, 26. Okt. (Brandfall) Am Montag Mittag brach in der Doppelscheuer der Landwirte Friedr. Fessle und Johs. Ernst ein Brand aus, der sich schnell über das ganze Gebäude verbreitete und dies samt allen Erntevorräten und landw. Maschinen in Asche legte. Der Schaden für die Abgebrannten ist sehr groß. Auch die anstehenden Nachbarhäuser waren bedroht und schon hatte der Siebel des Bachmannschen Hauses Feuer gefangen, doch konnte das Haus gerettet werden. Kurzschluß soll die Ursache des Brandes sein.

Pfalzgrafenweiler, 25. Okt. (Vom Rathaus.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde die Erhebung eines Krzgebäude beraten. Seit längerer Zeit schon ist der Geranke, ein Krzgebäude zu erstellen, vorhanden. Es liegen in der heutigen Sitzung Skizzen von Oberamtsbaumeister Schäfer vor, nach denen ein einfaches Gebäude 380 000 Mark, ein Doppelwohnhaus 620 000 Mark kosten würde. Nach Bekanntgabe des derzeitigen Vermögensstandes der Gemeinde ist der Gemeinderat einstimmig der Ansicht, vorläufig von einem Bau abzusehen.

Brettenberg O. A. Calw, 23. Okt. (Schultheißenwahl.) Bei der heutigen Ortsvorsteherwahl wurde der seitherige Schultheiß M. Kähler glänzend wiedergewählt. Er erhielt von 154 gültigen Stimmen 151.

Rippoldsau, 24. Okt. (Brandfall.) Samstag Nacht brach im Haus des Schmiedemeisters Joh. Gg. Schmieder Feuer aus, dem das ganze Haus zum Opfer fiel.

Stuttgart, 25. Okt. (Dr. Hieber nach Berlin.) Staatspräsident Dr. Hieber ist gestern Abend nach Berlin abgereist.

Stuttgart, 25. Okt. (Kotlage in den Kreisen der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten.) Der Zentralverband württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten schreibt uns: Das vom Landtag am 13. Januar 1921 beschlossene Körperschaftsbesoldungsgezet ist heute, nach 1/2 Jahren, in zahlreichen Gemeinden und Körperschaften immer noch nicht durchgeführt. Der geschäftsführende Vorstand des Verbands hat daher in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Ministerium des Innern zu ersuchen, von den Gemeinden und Körperschaften innerhalb bestimmter Frist den Nachweis über die Durchführung des Körperschaftsbesoldungsgezetes zu verlangen. Lehrerprüfungen. Am 7. November beginnen hier die zweiten Dienstprüfungen für evangelische und katholische Volksschullehrer und Lehrerinnen; für erstere in der Besoldungs- 1. Klasse in der Wagnburgschule.

Der Zuckerpreis. Vom Städt. Lebensmittelamt Stuttgart wird mitgeteilt: Nach unseren Informationen kommt der Zucker neuer Ernte noch im Lauf der nächsten 14 Tage auf den Markt und wird im Kleinhandel zum Preis von 4.50—4.70 Mk. das Pfund verkauft werden.

Heilbronn, 25. Okt. (Titelverleihung.) Das Staatsministerium hat dem hiesigen Stadtschultheißen Beutinger den Titel Oberbürgermeister verliehen.

Heilbronn, 25. Okt. (Demokratentagung.) Die Deutsche demokratische Partei hielt am Sonntag hier eine Herbsttagung ab, bei der Abg. Dr. Bruckmann-Heilbronn die Begrüßungsansprache hielt, Landtagsabg. Schref über die Not der Zeit und die Demokratie und Gemeinderat Kramer-Heilbronn über den Weingärtnerstand und die Demokratie sprachen. Reichstagsabg. Wieland-Wein war durch seine Teilnahme an den Beratungen des Ausschusses zur Prüfung der oberösterreichischen wirtschaftlichen Verhältnisse am Erscheinen verhindert.

Schluchtern (bei Heilbronn), 25. Okt. (Kirchweihen.) Bei der gestrigen Kirchweih kam es in einem hiesigen Tanzlokal zu einer großen Streiterei, in deren Verlauf ein auswärtiger junger Mann mit dem Revolver schoß. Zum guten Glück ging die Geschichte mit einem Streifschuß ab. Bei der Verfolgung des Revolverhelden wurde ihm ordentlich zugelegt.

Kleingartach, 25. Okt. (Abg. Rapp verhaftet.) Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Heilbronn wurde am Samstag vormittag der frühere Landtagsabgeordnete und Stadtschultheiß A. Rapp verhaftet. Gegen Stellung einer Kaution von 50 000 Mk., die einige Kleingartacher Bauern ausbrachten, wurde er vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Waihingen a. E., 25. Okt. (Tot aufgefunden.) An der Kuricher Steige wurde der in Großglattbach wohnhafte, 47-jährige Ernst Rothwang tot aufgefunden. Er verlor am Samstag Abend die hiesige Wirtshaus zum „Ochsen“ in angetrunkenem Zustand und wurde von einem Großglattbacher Fuhrmann auf dessen Gefährt mitgenommen. Bei der Kuricher Steige fiel Rothwang ab und ging die Anhöhe hinauf. Wahrscheinlich ist er in der Dunkelheit den Abhang hinabgestürzt und erstickt.

Redertaltingen, 25. Okt. (Ueberfahren.) Der jungverheiratete Weichstättener Arbeiter Streinliber von Tübingen kam Sonntag Abend unter die Räder des Nachtzugs Stuttgart-Tübingen und war tot.

Münchingen, 25. Okt. (Besitzwechsel.) Die von Fabrikant Friedrich Giermann im Oktober v. J. in Münchingen-Truppenübungsplatz gegründete „Diana“-Strumpfwarenfabrik ging an Wilhelm Kuhn, Kaufmann in Stuttgart, über. Kuhn führt das Geschäft in gleicher Weise weiter.

Deißlingen, O. A. Rottweil, 25. Okt. (Brand.) Am Sonntag Abend brannten hier vier Wohnhäuser ab. Fast das ganze Mobiliar und 2 Ziegen und 2 Schweine sind verbrannt. Die betroffenen fünf Familien sind schlecht versichert.

Am, 25. Okt. (Zum Achtkundentag.) In der letzten Sitzung der Handwerkskammer wurde von verschiedenen Seiten auf die dringende Notwendigkeit eines Schutzes des selbständigen Handwerks gegenüber der immer mehr auf sich greifenden nebenberuflichen Ausübung des Handwerks, speziell des Bauhandwerks durch die Arbeiter nach Feierabend hingewiesen und die Handwerkskammer mit der Einleitung weiterer Schritte beauftragt.

Vermischtes.

Die Opfer der Dypauer Katastrophe wurden in einer Sitzung des bayerischen Staatskommissariats auf 504 Tote und 84 Vermisste beziffert.

Dunlop 4. Aus Dublin wird der Tod eines Irlands mitgeteilt, der heute Bekruf geniest. Es handelt sich um Dunlop, den Erfinder der mit Luft aufgepumpten Gummischläuche, die heute fast unentbehrlich für Fahrräder und Automobile sind.

Wrangels Mißgeschick. Der italienische Dampfer „Atria“ rief im Bosphorus mit der Nacht „Lufikus“, der Wohnung des antihörschewitschen Generals Wrangel, zusammen. Wrangel befindet sich mit seinem Stab an Land. Sämtliche Papiere und sein Privatvermögen sind verloren gegangen.

Ein schwerer Junge. In Frankfurt wurde der 29-jährige Steuermann Hermann Kohl verhaftet, der in Heidelberg einen schweren Einbruch verübt hatte. Nach eigenen Angaben hat Kohl 13 Einbrüche in den verschiedenen Gegenden Deutschlands begangen. Ferner wurde festgestellt, daß Kohl vor 2 Jahren in Kronau einen Polizeiwachtmeister erschossen hat und an einem weiteren großen Raubüberfall beteiligt ist. Unter dem Namen Förber machte er Einbruchreisen.

Ein Königschloß als Kriegererholungsheim. Nach dem Vorschlag des Ederobener Krieger- und Militärvereins wird voraussichtlich das bayerische Königschloß „Ludwigshöhe“ in ein Kriegerheim umgestaltet werden. Geplant ist, dem Kriegererholungsheim eine staatliche Nebenveredelungsanlage anzugliedern, die etwa 20 Morgen umfassen wird und den Bewohnern des Kriegerheims die Möglichkeit zu praktischer Betätigung gibt. Das Kriegerheim „Ludwigshöhe“ wird innerhalb der im Kyffhäuserbund zusammengeschlossenen Kriegerverbände das 13. Erholungsheim darstellen.

Ein Flugzeug, das der französischen Küste entlang flog, stürzte in der letzten Nacht in der Nähe des Baden-Deutschtums vor Calais ins Meer. Nachforschungen waren infolge des hohen Seegangs unmöglich.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Häußler. Druck und Verlag der W. Hiesler'schen Buchdruckerei Wiesbaden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 25. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren neu zugeführt 16 Wagen, worunter 13 aus Frankreich und 3 aus Württemberg. Preis wagemweise für 1 Htr. Obst aus Frankreich 102—110 Mk., aus Württemberg 120 Mk., im Kleinverkauf 112 bis 126 Mk. Dem Mostobstmarkt auf dem Wilhelmshaus waren zugeführt 8000 Htr. Preis 122—130 Mk. für 1 Htr. — Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardplatz. Zufuhr: 100 Htr., Preis 75 Mk. für 1 Htr. — Filderkrautmarkt auf dem Charlottensplatz. Zufuhr 800 Stck, Preis 70 Mk. für 1 Zentner.

Heilbronn, 25. Okt. Dem Fruchtmarkt betrug die Zufuhr 75 Kg. Gerste, 1365 Kg. Haber, 308 Kg. Unterländer Saatkorn, 288 Kg. Ober Dinkel. Bezahlt wurde für Gerste 220, Haber 210, Unterländer Saatkorn 220, Ober Dinkel 190 Mk. für den Zentner.

Stuttgart, 25. Okt. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 38 Ochsen, 19 Bullen, 129 Jungbullen, 125 Jungkühe, 112 Kühe, 395 Kälber 368 Schweine. Erlös wurden aus 1 Htr. Lebendgewicht Ochsen erste Qualität 700—770, zweite 510—550, Bullen erste 690—740, zweite 550—650, Jungbullen erste 740—830, zweite 600—700, Kühe erste 640—640, zweite 350—490, dritte 250—350, Kälber erste 960—1020, zweite 850—920, dritte 730—830, Schweine erste 1330 bis 1410, zweite 1200—1300, dritte 1070—1170 Mk.

Letzte Nachrichten.

WZB. Budapest, 25. Okt. Das Ergebnis der gestrigen Beratungen der Vertreter der großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, Adyag Karl vorläufig im Roffer Tiheszy am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die bereits gemeldeten sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt worden waren, als angenommen gelten.

WZB. London, 25. Okt. „Daily News“ zufolge werden die Alliierten den vormaligen Kaiser Karl vielleicht nach den Kanarischen Inseln bringen.

WZB. Kopenhagen, 25. Okt. Der dänische Dampfer „Glostrand“ ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Sturm mit seiner gesamten Besatzung von 15 Mann und 2 Reisenden im Kattegat untergegangen.

WZB. Genf, 25. Okt. Heute Vormittag wurde in Genf die internationale Arbeitskonferenz eröffnet. Es waren ungefähr 400 Vertreter aus 40 Staaten der ganzen Welt anwesend.

WZB. Berlin, 25. Okt. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Prag meldet, wird die Kleine Entente ein kurzfristiges Ultimatum an Ungarn richten, in dem unter anderem gefordert wird: Karl von Habsburg wird bis zur endgültigen Entscheidung über sein Schicksal interniert. Die ungarische Regierung verzichtet in einem Geis auf jede Restaurierung der Habsburger. Die ungarische Armee muß sofort auf die im Trianoner Friedensvertrag bestimmte Zahl reduziert werden. Die ungarische Regierung hat den Kampf gegen die burgenländischen Banden aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß Westungarn an Oesterreich in dem vom Friedensvertrag bestimmten Ausmaß vorbehaltlos ausgeliefert wird. Die Ausführung aller dieser Maßnahmen hat unter Kontrolle der Kleinen Entente zu erfolgen.

WZB. Berlin, 26. Okt. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, haben gestern Abend freilebende Kellner unerhörte Ausschreitungen in Schöneberg begangen. Sie drangen gegen Abend in das Café Schöneberg in der Hauptstraße ein, stürzten sich auf hier orbitende Arbeitswillige, rissen ihnen die Kleider vom Leib und schlugen mit Stühlen auf sie ein. Dann verschwanden sie ebenso schnell wie sie gekommen waren.

WZB. Berlin, 26. Okt. Das von Dr. Wirth zu bildende Reichskabinett wird, den Abendblättern zufolge, kein Koalitionskabinett sein, sondern sich aus Politikern ohne Ansehung der Partei zusammensetzen, die geeignet und guten Willens sind, die Politik des Reichskanzlers zu unterstützen. Das Zentrum sowohl als auch die Sozialdemokraten haben ihren Mitgliedern des bisherigen Kabinetts freigestellt, in das neue Kabinett Wirth einzutreten. Unbestimmt ist noch das Verhalten der Demokraten.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge sollen von den demokratischen Ministern Dr. Rathenau und Dr. Seifert bleiben, aber als Fach- und nicht als Parteiminister. Reichsjustizminister Dr. Schiffer ist vom Reichskanzler ersucht worden, das Justizministerium beizubehalten. Er hat sich seine Entscheidung vorbehalten. Der bisherige Außenminister Dr. Rosen scheidet aus dem Kabinett aus. Es gilt als sicher, daß der Reichskanzler selbst das Ministerium des Auswärtigen verwaltet wird. Der Posten des zum Gesandten nach Sachsen in Berlin ernannten bisherigen Ministers des Innern Dr. Grabnauer, ist Dr. Köster angetragen worden, der dem Kabinett Hermann Müller kurze Zeit als Außenminister angehört hat. Das Finanzministerium hat der Reichskanzler dem Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Rapp angeboten, der parteipolitisch der Deutschen Volkspartei angehört. Der Reichskanzler wird heute im Reichstag eine Erklärung abgeben über die Politik des neuen Kabinetts und am Schluß dieser Erklärung dem Reichstag die Frage vorlegen, ob er diese Politik billigt oder nicht. Es wird also dem Reichstag überlassen sein, sich für dieses Programm oder ein anderes zu entscheiden.

WZB. Berlin, 26. Okt. Dem Berliner Lokalanzeiger zufolge wählte gestern der oberösterreichische Ausschuß, der unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Rosen tagte, einen Unterausschuß, der die Verantwortlichkeit des zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen zu entsendenden Kommissars bestimmen soll.

